

Die nächste Revolution wird gelb

Kann das „ukrainische Virus“ auf andere GUS-Länder übergreifen?

Nachdem die „Orangenrevolutionäre“ ihre Zelte abgebrochen haben, gehen GUS-Beobachter davon aus, dass auch in anderen ehemaligen Sowjetrepubliken Protestbewegungen wie in der Ukraine entstehen könnten. Als Brennpunkte werden Moldawien und Armenien, besonders aber Kirgisien genannt.

Christian Weisflog

Revolutionäre Ideen kennen keine Staatsgrenzen. Einem Virus gleich können sie sich verbreiten, so wie im Herbst 1989, als in Osteuropa ein Regime nach dem anderen kollabierte. Am Ende dieser Kettenreaktion brach auch die Sowjetunion auseinander – hier allerdings nicht durch Volksaufstände, sondern wegen einer Machtkrise. In den unabhängig gewordenen GUS-Republiken, von denen manche zuvor keine Eigenstaatlichkeit kannten und territorial erst zu Sowjetzeiten definiert wurden, blieben deshalb oft die alten kommunistischen Kader an der Macht – denn eine demokratisch gesinnte Gegenöffentlichkeit existierte nicht.

Obwohl sich die jungen GUS-Länder demokratische Verfassungen gaben und Mitglieder der OSZE wurden, nahmen viele GUS-Regime zunehmend autoritäre Züge an. In Aserbaidschan übernahm 2004 Ilham Alijew im Rahmen einer fadenscheinigen Wahl das Präsidentenamt von seinem Vater Gejdjar Alijew. Internationale Wahlbeobachter sprachen von „organisierter Wahlmanipulation“, die anschließenden Protestkundgebungen wurden niedergeschlagen, die Anführer zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Nun aber lehrt das „ukrainische Virus“ die Autokraten das Fürchten: Nach Kiew könnte es für einzelne Machtclans deutlich schwieriger werden, die Regierungsämter „in der Familie“ zu halten. Gefragt, wo Revolutionen zu erwarten seien, nannte Andrej Piontkowskij, der Direktor des Moskauer „Instituts für Strategische Studien“, in einem Interview mit der BBC die Länder Moldawien, Armenien und

insbesondere Kirgisien, wo am 27. Februar Parlamentswahlen anstehen.

Einst als „Insel der Demokratie“ bezeichnet, gilt Kirgisien noch immer als liberalster Staat unter den Präsidentschaftsregimen Zentralasiens. In Turkmenistan, dem Reich des „Turkmenbaschi“ (Führer aller Turkmenen) Saparmurat Nijasow, hatten bereits im Dezember Wahlen stattgefunden – zugelassen war nur die Regierungspartei. Auch in Usbekistan wurde im Dezember gewählt – auch hier unter Ausschluss der Opposition. In der Nachbarrepublik Kasachstan hatte die Oppositionspartei „Demokratische Wahl Kasachstan“ (DKW), inspiriert von den Ereignissen in der Ukraine, Anfang Dezember zu zivilem Ungehorsam aufgerufen – Anfang Januar wurde sie verboten. Auch für Tadschikistan, wo im Februar Parlamentswahlen anstehen, ist kaum mit einer Revolution zu rechnen – zu frisch ist hier die Erinnerung an den Bürgerkrieg.

In Kirgisien hingegen scheint das ukrainische Virus Fuß gefasst zu haben: Fünf Oppositionsparteien haben dort Ende Dezember ihre Zusammenarbeit beschlossen. Am selben Tag bildeten rund 300 Nichtregierungsorganisationen die solidarische Bewegung „Für Freie und Faire Wahlen“. Nachdem die Wahlbehörden die Registrierung von Rosa Otunbajewa, der Führerin der oppositionellen Partei „Atajurt“, annullierten, gingen ihre Anhänger auf die Straße, bekleidet mit gelben Schals. Die Anhänger der „Volksbewegung Kirgisien“ schlossen sich den Kundgebungen an – in Rosa gehüllt. Seither finden in der Hauptstadt Bischkek regelmäßig Proteste mit einigen Hundert Teilnehmern statt.

Die Ereignisse haben den Präsidenten offenbar beeindruckt: Das Versamm-



Rauhe Stimmung: In Kirgisien erhöht die Regierung aus Furcht vor Protesten den Druck auf die Opposition. Unser Bild zeigt die Verhaftung des Bürgerrechtlers Tursunbek Akynow im April 2004.

lungsrecht wurde verschärft, und in einer Rede am 12. Januar rief Askar Akajew dazu auf, Provokateuren und Exporteuren von „samtenen Revolutionen“ zu widerstehen. Die Parlamentswahlen Ende Februar gelten als Vorspiel für die Präsidentschaftswahlen im Oktober. Askar Akajew hat angekündigt, nach Ablauf seiner zweiten Amtszeit im Herbst nicht mehr antreten zu wollen. Einen „Janukowitsch“, also einen geeigneten Kandidaten für eine kontrollierte Machtübergabe, wie sie Leonid Kutschma in der Ukraine plante, scheint der kirgisische Präsident allerdings noch nicht gefunden zu haben. Vieles spricht aber für eine „aserbaidschanische Lösung“: Akajews Tochter Bermet Akajewa führt die neu formierte Partei „Vorwärts, Kirgistan!“, die bei Lokalwahlen bereits Erfolge verzeichnen konnte.

Derweilen hat die Opposition ihren „Juschtschenko“ ebenfalls noch nicht ermittelt. Der aussichtreichste Kandidat ist Felix Kulow, der Begründer der Oppositionspartei „Ar-Namys“ (Würde). Nachdem er seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahlen 2000 angekündigt hatte, wurde er verhaftet. Seitdem sitzt er im Gefängnis und dürfte kaum vor November 2005 frei kommen.

Nun will sich jedoch die UNO seines Falls annehmen. In jedem Fall steht Kirgisien ein heißes – und offenbar ein buntes – Wahljahr bevor.

In Moldawien, wo am 6. März Parlamentswahlen stattfinden, haben die Christdemokraten als wichtigste Oppositionspartei bereits die Farbe Orange adaptiert. Bei Gouverneurs- und Lokalwahlen im Jahr 2002 hatte die OSZE hier Manipulationen durch die regierende Kommunistische Partei festgestellt. Sollten diese auch den aktuellen Wahlgang überschatten, könnten die Christdemokraten Chisinau zum Ort der nächsten Orangenrevolution machen.

In Armenien hatte das Verfassungsgericht nach Unregelmäßigkeiten bei den Präsidentschaftswahlen 2003 entschieden, Präsident Robert Kotscharjan habe sich innerhalb eines Jahres einem Vertrauensreferendum zu stellen. Die Regierung ließ die Frist verstreichen ließ, die Opposition organisierte daraufhin Protestkundgebungen, die jedoch niedergeschlagen wurden. Seit einem Jahr boykottiert nun die parlamentarische Opposition die Sitzungen der Legislative, und der Zündstoff für eine Revolution nach ukrainischem Vorbild scheint auch hier gegeben.

MDZ-Infodienst

Ukraine: Neues Kabinett ernannt

Julia Timoschenko, engste Verbündete Viktor Juschtschenkos während der ukrainischen „Orangenrevolution“, ist seit Anfang Februar neue Premierministerin des Landes. Obwohl Beobachter von einem knappen Ausgang der Parlamentsabstimmung ausgegangen waren, erhielt Timoschenko mit 373 Stimmen letztlich weit mehr als die notwendige Mehrheit von 226 Stimmen. Nach ihrer Ernennung präsentierte Timoschenko das neue Kabinett: Der ehemalige Premierminister und Juschtschenko-Verbündete Anatolij Kinach wird erster Vizepremier, der Politiker Boris Tarassjuk, der während Juschtschenkos Zeit als Regierungschef Außenminister war, wird diesen Posten auch im neuen Kabinett bekleiden. Mitglieder der Sozialisten, die Juschtschenko im Wahlkampf unterstützt hatten, übernehmen die Leitung des Innenministeriums und diverse Gouverneursposten. Oleg Rybatschuk wird Vizepremier für Europäische Integration und gab zum Amtsantritt bekannt, die Ukraine wolle noch in diesem Jahr die Visapflicht für EU-Bürger aufheben.

Weißrussland: Rollt der Rubel?

Russland will im Verlauf des Jahres 2006 eine gemeinsame Wirtschaftszone mit einheitlicher Währung mit Weißrussland bilden. Wie im Januar Pawel Borodin, der Sekretär der Russisch-Weißrussischen Union, mitteilte, würden beide Länder von einer engeren Beziehung profitieren. Laut einer im Dezember publizierten Studie des Internationalen Währungsfonds würde eine vereinheitlichte Währung die Handelskosten senken und es Weißrussland ermöglichen, an der derzeitigen wirtschaftlichen Stabilität Russlands teilzuhaben. Beobachter zweifeln jedoch noch, ob Weißrussland bereit sein wird, die Vorteile einer Wirtschaftsunion mit dem Verzicht auf eine eigene Geldpolitik zu erkaufen.

Turkmenistan: Nijasows neue Gedichte

Der turkmenische Präsident Saparmurat Nijasow hat Ende Januar in Aschhabad seinen dritten Gedichtband veröffentlicht. Das Werk trägt den Titel „Der Frühling meiner Seelentiefe“ und ist laut Auskunft regionaler Zeitungen „die Frucht tiefer Betrachtungen des turkmenischen Staatsführers zum Schicksal der Nation und zu den Quellen des Optimismus der Turkmenen, die nach jahrhundertelangen Prüfungen Freiheit und Unabhängigkeit errangen“. Beobachter der literarischen Szene Zentralasiens gehen davon aus, dass „Der Frühling meiner Seelentiefe“ wie schon frühere Werke des autoritären Herrschers zur Pflichtlektüre turkmenischer Schüler und Studenten erkoren wird.

Beresowskij will nach Kiew ziehen

Boris Beresowskij, exilierter russischer Oligarch und vehemente Kritiker Wladimir Putins, will offenbar von London nach Kiew übersiedeln. Der Sieg Viktor Juschtschenkos sei für seine Entscheidung ausschlaggebend gewesen, so Beresowskij. Er wolle mit seiner Familie in die Ukraine ziehen und dort Geschäfte aufbauen. Von Kiew sei es nicht weit bis Moskau, und wenn er etwas vermisse, dann sei es vor allem der Schnee. Beresowskij gibt sich überzeugt, dass die Ukraine ihn nicht an Russland ausliefern würde, wo er strafrechtlich gesucht wird.

Saakaschwili verliert Weggefährten

Nach Surab Schwantias Tod bangt Georgien vor dem Aufflammen regionaler Konflikte

Mit dem Unfalltod des georgischen Premierministers Surab Schwania verliert das Land nicht nur einen seiner wenigen gemäßigten Politiker, sondern auch eine Schlüsselfigur im Friedensprozess zwischen Georgien und den abtrünnigen Regionen Südossetien und Abchasien.

Marina Rennau, Jens Mühling

Foto von Marina Rennau

Angang Februar wurde Surab Schwania tot in der Wohnung eines Freundes aufgefunden. Laut vorläufigem Befund starben beide an einer Gasvergiftung, verursacht durch das fehlerhafte Lüftungssystem einer Gasheizung. Die ersten Reaktionen auf den Unglücksfall ließen kaum Zweifel an der weitreichenden Bedeutung, den der Tod des Politikers für Georgien hat. „Schwanias Tod ist ein schwerer und kaum zu ersetzender Verlust für das Land“, sagte Georgiens ehemaliger Präsident Eduard Schewardnadse schon wenige Stunden nach dem Bekanntwerden der Tragödie. „Ich habe meinen klügsten Schüler verloren.“ Georgiens derzeitiger Präsident Michail Saakaschwili fand ähnlich betroffene Trauerworte: „Ich verliere den engsten Freund, den verlässlichsten Berater und den größten Verbündeten, den ich je hatte.“

Der 41-jährige Schwania hatte seine politische Karriere in den neunziger Jahren als Pressesekretär der georgischen Grünen Partei begonnen. Schon damals

blieb er meist im Hintergrund, da er nie ein charismatischer Politiker war. Aufgrund seiner Intelligenz und weitreichenden Verbindungen stieg er jedoch bald zum Anführer von Schewardnades Bürgerlicher Unionspartei auf. Vielen galt er damals als chancenreichster Nachfolger des Präsidenten. Hinter ihm standen junge und ambitionierte Politiker, darunter auch Michail Saakaschwili. Doch 2001 entschied sich Schewardnadse gegen Schwantias Team und für den konservativen Flügel der Partei. Diese Entscheidung führte zum Austritt Schwantias und Saakaschwilis aus der Partei und, so glauben viele Beobachter, letztendlich auch zur „Rosenrevolution“.

Seit den Umwälzungen im November 2003, die mit dem Rücktritt Schewardnades endeten, gehörte Schwania neben der Parlamentssprecherin Nino Burdschanadse zu Saakaschwilis engsten Verbündeten. Am Abend der Revolution hatte er den berühmt gewordenen Satz geäußert: „Ich bin Georgier und deshalb Europäer.“ Durch seine weitreichenden Kontakte, seine Intelligenz und ausgeglichene Haltung war



Verstorben: Premierminister Surab Schwania.

Schwania für den mitunter aufbrausenden georgischen Präsidenten unentbehrlich geworden. „Er war der Garant für das Gleichgewicht in den Beziehungen mit Russland und dem Westen“, glaubt der Konfliktforscher Paata Sakarejshwili.

Schwantias Tod hätte kaum zu einem ungünstigeren Zeitpunkt eintreten können. Zunehmend hatte sich in den vergangenen Monaten die Lage in den abtrünnigen georgischen Regionen Südossetien und Abchasien verschärft. Experten wie der Leiter des Moskauer

GUS-Instituts, Konstantin Satulin, befürchten nun, dass die Lage in den Konfliktzonen nach Schwantias Tod eskalieren und „die georgische Politik ihre Berechenbarkeit verlieren“ könnte.

Dabei hatte sich gerade erst ein Hoffnungsschimmer abgezeichnet: Wenige Tage vor Schwantias Tod hatte Michail Saakaschwili vor der Parlamentsversammlung des Europarats weit reichende Zugeständnisse bezüglich einer regionalen Autonomie Südossetiens gemacht. Saakaschwilis Angebot an die abtrünnige Region schloss die Bildung einer vom Zentralstaat unabhängigen lokalen Regierung und Polizei ein. Ein ähnliches Angebot könne auch Abchasien gemacht werden, sagte Saakaschwili, doch bisher gäbe es dort „niemanden, mit dem man verhandeln könnte“. Südossetiens Präsident Eduard Kokoity hatte das Angebot zwar umgehend abgelehnt, doch verhaltene Zustimmung war immerhin aus Moskau gekommen: Saakaschwilis Friedensplan, so das russische Außenministerium, sei zu begrüßen, da er „die Rechte aller georgischen Bürger garantiert, auch derjenigen, die an vorderster Front unter den blutigen internen Konflikten gelitten haben“. Saakaschwili hatte Russland zuvor vor dem Europarat vorgeworfen, den Konflikt zwischen Georgien und seinen abtrünnigen Re-